

Muasher, Marwan: The Arab Center. The Promise of Moderation. New Haven & London: Yale University Press 2008, 312 pp. mit fünf Anhängen.

Vor uns liegt das Buch eines bedeutenden jordanischen Politikers und Diplomaten, der ohne Umschweife zwei für den Nahen Osten zentrale Desiderata miteinander verknüpft: die Suche nach einer Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts und den Zwang zu grundlegenden Reformen für Politik und Gesellschaft im arabischen Raum. Bereits in der Einleitung betont Marwan Muasher, der einer uralten christlichen Familie aus Jerusalem entstammt, dass politische Reformen kein Luxus seien, sondern „der Schlüssel zur Förderung unserer weitergehenden Ambitionen für die soziale und ökonomische Entwicklung“. Der Autor erledigt sich dieser selbstgestellten Aufgabe in eindrucklicher Weise, wobei er – wer könnte es ihm verdenken? – die besondere Rolle Jordaniens als Kern moderater arabischer Politik und Diplomatie bei der Bewältigung der beiden Herausforderungen in den Mittelpunkt rückt.

Dabei hat ihm das Vertrauensverhältnis zu König Hussein und zu seinem Sohn Abdullah II. geholfen. Es bot ihm die Chance, nicht nur die diplomatischen Erfolge darzustellen, sondern auch der Benennung eklatanter Fehler, Schwächen und Widersprüche Raum zu geben. Avi Shlaim hat bestätigt, dass der König die arabische Führungsmacht im Friedensprozess und bei der Wiederaufnahme Ägyptens in den Kreis der Arabischen Liga war nach dessen Friedensvertrag mit Israel 1979 – und dass Hussein die PLO trotz deren Anerkennung als einzige legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes (Gipfelkonferenz in Rabat 1974) Yasser Arafat bei Regelungen mit Israel auf Distanz zu halten versuchte¹.

¹ Avi Shlaim: Lion of Jordan. The Life of King Hussein in War and Peace. London 2007, zusammenfassend S. 452.

Muasher war entgegen anfänglich großer persönlicher Zurückhaltung, gar unverhohlener Abneigung Jordaniens erster Botschafter in Israel vom April 1995 bis Januar 1996, wobei er den stellvertretenden Außenminister Yossi Beilin und den Generaldirektor im Jerusalemer Außenministerium Uri Savir besonders schätzen lernte – im Gegensatz zu ihrem Amtschef Shimon Peres. Dann diente er als Botschafter seines Landes in Washington und wechselte ins Außenministerium über, um schließlich als stellvertretender Ministerpräsident für die Politik der inneren Reformen – der „Nationalen Agenda“ vom Oktober 2005 für weniger als sechs Millionen Einwohner – die Verantwortung zu übernehmen. Zwischen 2007 und 2010 fungierte er als Vizepräsident der Weltbank für auswärtige Beziehungen.

Insofern verfügt der heute 53jährige Autor, der mittlerweile als Vizepräsident der „Carnegie Endowment for International Peace“ amtiert, über einen großen Schatz an außen- und innenpolitischen Erfahrungen, die ihm besonders auf dem Feld der Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten und im Rahmen der Arabischen Liga zugute kommen. Interessanterweise greift er früh eine Frage auf, die auch Rashid Khalidi in seinem Buch „The Iron Cage“² bewegt hat: „Warum hinkt die arabische Region mit ihren politischen Reformen hinterher, wenn fast alle anderen Gegenden der Welt mit Demokratie und guter Regierungsführung erhebliche Fortschritte verzeichnet haben?“

Der Autor enthält sich jeglicher rhetorischen Aggressivität gegenüber Israel, auch wenn er keinen Zweifel daran lässt, dass er dessen Politik im Verhältnis zu den Palästinensern von Grund auf ablehnt, und zwar aus einer langfristigen Perspektive des israelischen Selbstinteresses selbst. Zu den Widersprüchen gehört für Muasher, dass sich Israel zutiefst undemokratisch mit seiner Okkupation in den palästinensischen Gebieten sowie mit seiner Behandlung der

² Vgl. die Rezension des Buches von Khalidi in dieser Menüleiste.

eigenen arabischen Staatsbürger verhalte und gleichzeitig innerhalb des jüdischen Teils Israels eine echte Demokratie im Sinne von Berechenbarkeit, Transparenz und Kreativität sei.

Husseins Rückzug aus der Westbank 1988

Parallel dazu bringt er manchen israelischen Basisüberzeugungen zumindest Verständnis entgegen. So zitiert er aus der UN-Resolution 194 vom Dezember 1948 das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge, führt jedoch dazu aus, dass seine Wahrnehmung zumindest im demographischen Sinne auf die Liquidierung des Staates Israel hinausgelaufen wäre. Der Autor zeigt sich nicht überrascht über das bis heute andauernde Gefühl der tiefen Unsicherheit in Israel über das Dasein inmitten einer feindlichen Umwelt und fügt hinzu: „Wann immer ich die häufig wiederholte Sorge in der arabischen Welt hörte, dass Israel sie kulturell überwältigen würde, habe ich nur gelacht.“ Er macht gleichfalls darauf aufmerksam, dass die UN-Resolution 242 entgegen landläufigen Interpretationen und häufigen diplomatischen Rekursen weder einen palästinensischen Staat stipuliert hat – damit unterschied sich ihr Wortlaut nicht vom expliziten Verzicht der Prinzipienklärung vom September 1993 auf einen „Staat Palästina“ –, noch wäre eine solche Vorgabe damals auf die Zustimmung arabischer Staaten gestoßen.

Dass die PLO ihren Aufstieg und das wachsende Gewicht ihrer Glaubwürdigkeit bei der Vertretung der palästinensischen nationalen Interessen auch kollektiven arabischen Fehlleistungen verdankt, habe zwar den jordanischen Blick auf die Lösung des Konflikts mit Israel nachdrücklich verändert, doch gleichzeitig und zumal nach dem „Schwarzen September“ 1970 das Verhältnis zwischen König Hussein und Arafat dauerhaft getrübt, auch weil die PLO die politische Repräsentanz für das gesamte palästinensische Volk beanspruchte – also einschließlich jenes Teils, dem die Haschemiten

die Staatsbürgerschaft in den 1950er Jahren erfolgreich angeboten hatten, obwohl zumindest öffentlich nie über die daraus erwachsenen innenpolitischen Konsequenzen diskutiert worden sei, dass nämlich 41 Prozent aller palästinensischen Flüchtlinge in Jordanien leben. Insofern war der Verzicht Husseins auf die Westbank Ende Juli 1988 eine Aufforderung an die PLO, von nun an selbst die palästinensischen Geschicke zu regeln, und zwar außerhalb des Königsreichs.

Die Ergebnisse sind bekannt. Also kehrte Amman im jordanisch-israelischen Friedensvertrag vom Oktober 1994 an den Verhandlungstisch zurück: Israel räumte den Haschemiten als Nachkommen des Propheten Mohammed eine Sonderrolle bei der Wahrung der moslemischen heiligen Stätten in Jerusalem und ein Mitspracherecht bei der Regelung des Flüchtlingsproblems ein; der Autor bestätigt im übrigen Meinungsumfragen, wonach weniger als zehn Prozent der Diaspora in das Territorium des ehemaligen Palästina zurückkehren wollen. Im undiplomatischen Klartext: Arafat musste eine Niederlage hinnehmen, auch wenn König Hussein das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat prinzipiell anerkannte. Kein Wunder also, dass die Autonomiebehörde in Ramallah äußerst geringes Interesse an der Pflege der Kontakte zum jordanischen Botschafter Muasher an den Tag legte.

Besondere Aufmerksamkeit dürfen in dem Buch die innerarabischen Diskussionen um die Formulierung der Arabischen Friedensinitiative beanspruchen. Muasher berichtet, dass Amman aus Verärgerung über Ministerpräsident Benjamin Netanyahu schon 1998 die Grundzüge dieses Friedensplans entwickelte – sein Sohn Abdullah II. hat die Autorenschaft der Initiative seines Vaters dreizehn Jahre später bestätigt –, der für die Freigabe der Westbank, Ost-Jerusalems, der Golanhöhen und des libanesischen Südens im Gegenzug volle diplomatische Beziehungen, freien Handel und Wirtschaftsverkehr sowie einen gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspakt anbieten wollte, bevor diese Ideen vier Jahre später

vom saudischen Kronprinz Abdullah aufgenommen und fortgeschrieben wurden. Abgesehen von Ghaddafis Libyen waren es vor allem Syrien und hier Vizepräsident Faruk Shara'a, die sich lange gegen eine „volle Normalisierung“ der Beziehungen zu Israel wehrten und möglicherweise aus Gründen der Solidarität mit dem seit 1943 festgeklopften politischen System im Libanon auf dem Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge bestanden.

Unverdrossenes Bekenntnis zur Zweistaatenregelung

Muasher betont, dass er es selbst war, der in der Flüchtlingsfrage die Formulierung anbot, dass ihre Realisierung nicht auf die Rückkehr von vier Millionen Menschen nach Israel hinauslaufen dürfe, und damit jene Fassung vorbereitete, die in Ende März 2002 in die Arabische Friedensinitiative Eingang fand: „a just solution to the Palestinian refugee problem to be agreed upon in accordance with UN General Assembly Resolution 194“ –, also ein Vetorecht beider Seiten im Konfliktfall. Bedauernd fügt Muasher hinzu, dass die Erklärung eine größere internationale Akzeptanz gefunden hätte, wäre sie in englischer und nicht in „der blumigen Sprache des Arabischen“ verfasst worden.

So blieb das Ergebnis der Konferenz in Beirut ungewiss: Hosni Mubarak zeigte sich pikiert, dass die Erklärung kein ägyptisches Produkt war, während die libanesischen Behörden die Zuschaltung Arafats aus Ramallah via Satellit mit der Begründung verweigerten, dass die dafür erforderliche Absprache mit Israel auf dessen Anerkennung hinauslaufen würde. Als am 28. März in einem Hotel in Netanya ein palästinensischer Selbstmordattentäter zwanzig Israelis in den Tod riss, das israelische Militär am folgenden Tag die Militäroffensive „Defensive Shield“ begann, die vor allem dem Hauptquartier Arafats, der „Muqata“ in Ramallah, galt, und als am 30. März ein weiterer Selbstmordattentäter fünfzehn Israelis in einem Restaurant in Haifa – nicht in Tel Aviv, wie sich Muasher zu erinnern

glaubt – tötete, hatten sich die Planungen für einen Frieden fürs erste erledigt. Damit teilten sie das politische Schicksal der „Genfer Initiative“ vom Dezember 2003, die für Muasher dennoch „bis auf den heutigen Tag ein Testament dafür bleibt, dass eine Lösung zwischen den zwei Parteien möglich ist“.

Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit der „Road Map“ vom Mai 2003. Hier zeigte sich rasch, dass Colin Powell und „die moderaten Kräfte in seinem State Department“ einen schweren Stand in der Administration hatten: Sie waren Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und Vizepräsident Dick Cheney nicht gewachsen. Mit dem Präsidenten beharrten sie auf Amerikas und Israels vorrangigen Sicherheitsinteressen, glaubten zunächst den Krieg im Irak beenden zu müssen und waren kaum davon zu überzeugen, dass die Palästinenser eine politische „Vision“ brauchten, während die Europäer mit Einzelvorschlägen aufwarteten, die in Washington auf wenig Gegenliebe stießen.

Auf der anderen Seite, so Muasher, nervte Arafat seine Gesprächspartner durch lange und grenzenlose Monologe und schweifte ständig von der Tagesordnung ab; die andernorts als „Meister des Kompromisses“ gefeierte Fähigkeit des „Raís“ (Lamis Adoni) erwies sich allzu oft als starres Beharren auf seinem exklusiv-autoritären Führungsstil, der die ohnehin fragile Architektur der PLO und der Mehrheitsfraktion „Fatah“ an den Rand der politischen Irrelevanz manövrierte. Anfang Juni 2003 forderte der designierte, von Arafat permanent ins Abseits gestellte Ministerpräsident Machmud Abbas („Abu Mazen“) beim Gipfeltreffen in Sharm el-Sheikh das Ende der „Militarisierung der Intifada“ – im Gegensatz zu seinem Amtsnachfolger Achmed Qureia („Abu Ala“), der wenig gegen die Gewalt unternahm. Beide scheiterten gleichermaßen daran, dass sie der palästinensischen Gesellschaft keine politischen Ergebnisse aus den Verhandlungen mit Israel vorlegen konnten.

Plädoyer für innere Reformen

Zuletzt: Arabische Verabredungen zu innenpolitischen Reformen kommen nur langsam voran, wenn sie nicht an der Argumentation scheitern, dass gemeinsam getragene Fortschritte an nationalstaatlichen Einzelinteressen scheitern. Auch in Jordanien sind reformorientierte Vorstöße auf erhebliche Zurückhaltung gestoßen, da – wie Muasher einräumt – die Gesellschaft nach wie vor statt aus politischen Parteien (mit Ausnahme der Islamisten mit ihrem Anhang in den Städten, wo das Versagen der Politik besonders stark empfunden werde) aus einem „Kollektiv von Einzelpersonen“ mit Angehörigen des öffentlichen Dienstes und der Bürokratie sowie mit einer Handvoll Geschäftsleuten an der Spitze besteht, die als „Wächter des Staates“ demokratische Veränderungen als Gefahr für ihren Einfluss ablehnen und deren Protagonisten als „Neoliberale“ unter US-amerikanischer Fernsteuerung diffamieren. Zudem verschlinge der Militärhaushalt riesige Ressourcen, die anderswo dringend benötigt würden, was wiederum der Radikalisierung in Teilen der Bevölkerung Vorschub leiste – der übliche Teufelskreis. Die Entpolitisierung der jordanischen Gesellschaft spiegelt sich für den Autor in Meinungsumfragen wider, wonach 85 Prozent von der „Nationalen Agenda“ nicht einmal gehört haben wollten. Was mehr oder weniger übrig blieb, war ein unbefriedigender Kompromiss beim Wahlrecht.

Für Muasher steht das Fazit fest: Ernstliche Bemühungen um durchgreifende innenpolitische Verbesserungen und um den Frieden zwischen Israel, den Palästinensern und der arabischen Welt müssen nicht vom Nullpunkt aus starten, das Rad braucht dafür nicht neu erfunden zu werden. Was den Konflikt in Jordaniens westlicher Nachbarschaft anbelangt, verweist der Autor erneut auf die Arabische Friedensinitiative, die „Clinton-Parameter“ und die „Genfer Initiative“. Damit bekennt sich der Autor entgegen allen Unkenrufen zur Zweistaatenregelung. Zu wünschen bleibt also zweierlei: dass Marwan Muashers Mahnungen international auf fruchtbaren Boden

fallen und dass sein empirisch abgestütztes politisches Bekenntnisbuch vor allem in der Region aufmerksam gelesen wird. Denn nur hier fallen die endgültigen Entscheidungen.

Reiner Bernstein

31.07.2009

mit einer Aktualisierung

.....